IMT Nuremberg Archives

H - 3243

International Court of Justice

H3243 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number 2963-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-656 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3243 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 2963-PS No. USA-656 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 6 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

v.R.v. 2k2711 II 1. 2963-PS

N i e d e r s c h r i f t
über die ~~Sitzung des Reichsministeriums~~ Ministerbesprechung
am Montag, den 20.März 1933
vorm. 11[15] in der Reichskanzlei.

Vfg.
1.Herrn Staatssekretär geh.vorg.
~~2.Auszüge absenden.~~
den Herren Referenten ergebenst
Herrn Min-Amtm.Büsch ergebenst
z.d.A.

W.K.3.

A n w e s e n d : die Herren

Reichskanzler	Hitler
Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen	von Papen
Reichsminister des Auswärtigen	Freiherr von Neurath
Reichsminister des Jnnern	Dr.Frick
Reichsminister der Finanzen	Graf Schwerin von Krosigk
Reichswirtschaftsminister und Reichsmin.f.Ernährung u.Landwirtschaft	Dr.Hugenberg
Reichsarbeitsminister	Seldte
Für Reichsminister der Justiz	Dr.Gürtner : Staatssekretär Dr. Schlegelberger
Reichswehrminister	von Blomberg
Reichspostminister und Reichsverkehrsminister	Freiherr von Eltz-Rübenach
Reichsminister f.Volksaufklärung und Propaganda	Dr.Goebbels
Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für Luftfahrt	Göring
Reichskommissar Reichsminister a.D.	Dr.Popitz
Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung	Dr.Gereke
~~Reichsbankpräsident~~	~~Dr.Schacht~~
Staatssekretär in der Reichskanzlei	Dr.Lammers
Staatssekretär im Bureau des Reichspräs.	Dr.Meissner
Reichspressechef :Staatssekretär	Funk

A 0319 52

Protokollführer : Ministerialrat Wienstein.

Ferner : ~~Staatssekretär Dr.Schlegelberger.~~

Oberregierungsräte Dr. Willuhn , Dr.Killy.

Be=

H3243 – 0004

H3243 – 0005

Beratungsgegenstände :

Rk 27/12 [illegible] 1./Ermächtigungsgesetz.

Rk 27/13 [illegible] 2./Ausserhalb der Tagesordnung : Personalfragen.

Rk 27/14 [illegible] 3./ Ausserhalb der Tagesordnung: Beflaggung der Dienst= kraftwagen .

Rk 27/15 [illegible] 4./Ausserhalb der Tagesordnung : Teilnahme an der Er= öffnungssitzung des Reichstags am 21.März 1933 nach= mittags 5 Uhr .

Rk 27/16 [illegible] 5./ Ausserhalb der Tagesordnung : Mitteilungen des Reichs= ministers Göring.

-.-.-.-

A094053 1./

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 656
Filed June 1946

2463-PS

3.

2963-PS

1./ Ermächtigungsgesetz .

Der Reichskanzler berichtete über seine soeben beendete Unterredung mit Vertretern der Zentrumspartei. Er führte aus, dass er die Notwendigkeit des Ermächtigungsgesetzes in dieser Unterredung begründet habe und die Vertreter des Zentrums diese Notwendigkeit auch eingesehen hätten. Die Vertreter des Zentrums hätten lediglich die Bitte geäussert, ein kleines Gremium zu bilden, das über die Massnahmen fortlaufend unterrichtet werden solle, welche die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes treffen wolle. Nach seiner Ansicht solle man diese Bitte erfüllen ; dann sei auch nicht daran zu zweifeln, dass das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zustimmen werde. Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes auch durch das Zentrum werde eine Prestigestärkung gegenüber dem Auslande bedeuten.

Am Mittwoch solle die Besprechung mit Vertretern des Zentrums über einzelne konkrete Fragen fortgesetzt werden .

Der Reichsminister des Auswärtigen schlug vor, eine schriftliche Aufzeichnung über die Abmachungen zu fertigen, die mit den Vertretern des Zentrums vereinbart worden seien.

Der Reichsminister des Jnnern trug sodann den Jnhalt des beiliegenden Entwurfs eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vor. Er führte aus, dass es nach seiner Auffassung das zweckmässigste sein werde, den Entwurf als Initiativ

A034954

H3243 – 0006

EXHIBIT U.S.A. 750 (2963-PS)

2963-PS

H3243 – 0007

tiativantrag im Reichstag einzubringen. Am besten würden die Fraktionsführer unterzeichnen.

Notwendig sei zugleich eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags. Es müsse eine ausdrückliche Vorschrift des Jnhalts getroffen werden, dass als anwesend auch die unentschuldigt fehlenden Abgeordneten gelten sollten. Es werde voraussichtlich möglich sein, das Ermächtigungsgesetz am Donnerstag in allen drei Lesungen zu verabschieden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preussen führte aus, dass ein neues Staatsgrundgesetz geschaffen werden müsse, das vor allem von dem übrigbleibenden Parlamentarismus befreit werde. Vielleicht könne der Reichskanzler in seiner Regierungserklärung derartige Ausführungen machen.

Der Reichskanzler führte aus, er habe bereits den Vertretern des Zentrums erklärt, dass der Reichstag sich als Nationalversammlung konstituieren könne, wenn die Vorarbeiten für den Entwurf einer neuen Reichsverfassung fertiggestellt seien.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft führte aus, dass der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes vielleicht ausdrücklich einen Passus des Jnhalts bekommen könne, wonach der Reichstag zur Nationalversammlung erklärt werde.

Reichsminister Göring führte aus, dass er diese Frage

ein=

A 034955

6. 2963-PS

eingehend geprüft habe. Er halte es jedoch für zweckmässiger, eine solche Fassung nicht zu wählen.

Das Reichskabinett stimmte dem Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich in der beiliegenden Fassung zu.

2./ Ausserhalb der Tagesordnung : Personalfragen.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei führte aus, dass drei Ministerialratsstellen durch die Versetzung der bisherigen Jnhaber in den einstweiligen Ruhestand vom 1. April 1933 ab frei seien. Er bat um Zustimmung des Reichskabinetts zur Ernennung des bisherigen Oberregierungsrats im Reichswirtschaftsministerium ,Dr.Willuhn, und des bisherigen Oberregierungsrats im Reichsfinanzministerium, Dr. Killy, zu Ministerialräten.

Das Reichskabinett erteilte die Zustimmung.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei führte weiter aus, dass beabsichtigt sei, in die dritte freiwerdende Stelle den Regierungsoberinspektor Dr.Meerwald,unter Ernennung zum Regierungsrat,einzuweisen. ~~Die etatsrechtlichen Voraussetzungen seien überall geprüft.~~

Das Reichskabinett nahm hiervon Kenntnis.

3./ Ausserhalb der Tagesordnung : Beflaggung der Dienstkraftwagen.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei führte aus, dass es fraglich sein könne, wie die Dienstkraftwagen flaggen sollten.

A 094953

H3243 - 0008

H3243 – 0009

6. 2963-PS

eingehend geprüft habe. Er halte es jedoch für zweckmässiger, eine solche Fassung nicht zu wählen.

Das Reichskabinett stimmte dem Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich in der beiliegenden Fassung zu.

2963-PS

2. Außerhalb der Tagesordnung: Personalfragen.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei führte aus, daß drei Ministerialratsstellen in der Reichskanzlei durch die Versetzung der bisherigen Jnhaber in den einstweiligen Ruhestand vom 1. April 1933 ab frei seien. Er bat um Zustimmung des Reichskabinetts zu dem Antrage, dem Herrn Reichspräsidenten die Ernennung des bisherigen Oberregierungsrats im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Willuhn, und des bisherigen Oberregierungsrats im Reichsfinanzministerium, Dr. Killy, zu Ministerialräten vorzuschlagen, und teilte mit, daß über die beamtenrechtlichen Fragen (Ziff. 3 der Anlage des Rundschreibens des R.Min.d.Jnnern vom 19. April 1921 – I B 2942/2. Ang.) ein Einvernehmen mit dem Reichsministerium des Jnnern, über die etatrechtlichen Fragen ein Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium erzielt worden sei.

Das Reichskabinett erteilte die Zustimmung.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei bat weiter um Zustimmung des Reichskabinetts zu seinem Antrage, dem Herrn Reichspräsidenten den Oberregierungsinspektor Dr. Meerwald zur Ernennung zum Regierungsrat vorzuschlagen. ~~Dr. Meerwald ist in die Stelle~~ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]~~ ~~[illegible]

A.

2963-PS

sollten. Vielleicht sei es zweckmässig, von rechts die schwarzweissrote, links die Hakenkreuzflagge anzubringen .

Der Reichskanzler vertrat die Auffassung, dass es aus Sicherheitsgründen am zweckmässigsten sei, überhaupt keine Flaggen an Dienstkraftwagen zu zeigen. Auch werde es gar nicht möglich sein, bis morgen die notwendigen technischen Vorbereitungen zu treffen.

Widerspruch gegen die Ausführungen des Reichskanzlers wurde nicht geäussert .

4./ Ausserhalb der Tagesordnung : Teilnahme an der Eröffnungssitzung des Reichstags am 21.März 1933 nachmittags 5 Uhr.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei warf die Frage auf, ob auch Minister, die nicht Abgeordnete seien, an der Eröffnungssitzung des Reichstags am 21.März teilnehmen sollten. Nach seiner Auffassung sollten nur die Minister an der Sitzung teilnehmen, die Abgeordnete seien, weil es sich um die konstituierende Sitzung des Parlaments handele.

Das Reichskabinett stimmte dieser Auffassung zu .

5./ Ausserhalb der Tagesordnung : Mitteilungen des Reichsministers Göring .

Reichsminister Göring teilte mit, dass er dem Generalmajor a.D.von Bredow habe den Pass wegnehmen lassen müssen. v. Bredow sei kürzlich in Paris gewesen und habe als Zweck seiner

A 69457

9-17

H3243 – 0010

H3243 – 0011

8. 2963-PS

seiner Reise den Besuch des Botschafters Köster angegeben. Er, Reichsminister Göring, habe erfahren, dass von Bredow sich von dem Französischen und dem Belgischen Gesandten in Berlin Empfehlungen an Generalstabsoffiziere der französischen und belgischen Armee ausstellen lassen. Es seien von Kreisen, die Bredow naheständen, das Gerücht verbreitet worden, sie wollten, im Gegensatz zu dem Kabinett Hitler, die französischen Probleme friedlich lösen. Offenbar wollten diese Kreise das Kabinett Hitler in aussenpolitischen Schwierigkeiten stürzen.

Der Reichswehrminister führte aus, dass er von diesen Plänen nichts gewusst habe. Nach seiner Ansicht müsse die Sache mit aller Energie verfolgt werden.

Reichsminister Göring machte ferner davon Mitteilung, dass er den S.A.-Leuten, besonders an der polnischen Grenze, grösste Zurückhaltung befohlen habe. Er habe angeordnet, dass die S.A.-Leute in den Grenzgebieten sich nicht in Uniform zeigen dürften.

Der Reichsminister des Innern empfahl grösste Zurückhaltung der S.A. besonders in Danzig.

Im übrigen wies er darauf hin, dass immer wieder Kommunisten in S.A.-Uniform ertappt würden. Diese Spitzel müssten unbedingt gehängt werden. Die Justiz müsse Mittel und Wege finden, um eine so exemplarische Bestrafung kommunistischer Spitzel zu ermöglichen.

Für die Niederschrift :

A 031958 Wienstein 2.3.

418

H3243-0011A

1963-PS

H-3243

EXHIBIT U.S.A. 656 (2963-PS)

EXHIBIT U.S.A.

656

(2963-PS)

A 094351

H3243 – 0012

H3243-0013

8 pages

EXHIBIT U.S.A. 656 (2963-PS)

H3243-0014

3413